

Lieber Herr Achtermeyer,

mit Interesse habe ich Ihren Vorschlag eines „politischen Neustarts“ in der Bonner Kommunalpolitik gelesen. Man solle sich „bei den zentralen Projekten wie Verkehr, Stadthaus, Bädern und Kultur ... auf einen Konsens der Mitte einigen, der dann die nächsten fünf Jahre hält und vorangetrieben wird.“ Zu Recht fügen Sie hinzu: „Das geht aber nur, wenn alle bereit sind, aufeinander zuzugehen.“

Ich finde diesen Ansatz sympathisch, zumal Sie akzeptieren, dass zur Zeit weder CDU noch SPD mit den Grünen im Rat koalieren wollen. Diese Parteien haben ja auch zusammengefunden, weil sie sich in ihrer jeweiligen Zusammenarbeit mit den Grünen nicht fair behandelt fühlten. Auch in der Bevölkerung herrschte und herrscht die Meinung vor, dass die grüne Politik in Bonn zu lange zu dominant war. Immerhin war Ihre Partei seit 1994 Teil der jeweiligen Ratsmehrheit.

Aufeinander zuzugehen heißt aber auch, eigene Fehler zu korrigieren. Leider nennen Sie kein Beispiel, wo die Bonner Grünen inhaltlich falsch lagen. Ich meine damit nicht das taktische Moment, das Sie ansprechen: „Wir haben vermutlich zu viel gleichzeitig gewollt, und auch über das Tempo kann man streiten.“

Meine Frage gilt den Inhalten. Nach der für CDU verlorenen Wahl 2021 hat der neue Fraktionsvorsitzende Guido Deus z.B. öffentlich den Fehler eingeräumt, die teure Sanierung der Beethovenhalle mitbeschlossen zu haben. Könnten Sie ein ähnliches Beispiel für die kommunalen Entscheidungen der Grünen nennen?

Viele Bürger nehmen gerade die Bonner Grünen als sehr kompromisslos wahr. Wenn dieser Eindruck falsch ist, ließe sich das z. B. durch Kompromissfähigkeit in der Verkehrspolitik widerlegen. Dort könnte Ihre Partei von ihrem so wahrgenommenen ideologischen Vorgehen gegen den Individualverkehr abrücken und sich für pragmatische Lösungen für den Einzelfall öffnen anstatt alles über einen Kamm zu scheren.

Zu Recht konstatieren Sie, „dass in Bonn Entscheidungsschwäche vorherrscht“. Daran haben alle Parteien ihren Anteil – auch die Grünen, wenn ich nur an die Verhinderung des privat finanzierten Beethoven-Festspielhauses denke.

Ein Grund für fehlende Zukunftsentscheidungen ist die Scheu, Prioritäten zu definieren, die unsere Stadt auch im nationalen und internationalen Städtewettbewerb in die Zukunft führen. Sie haben dazu nach den Bereichen Kinder, Schulen und Soziales für die Beethovenstadt der Zukunft der Bonner Bühnen eine hohe Priorität eingeräumt. Ich stimme Ihnen hier zu und habe wie Sie Sympathie für den Verwaltungsvorschlag einer Zusammenlegung in Beuel, um so die kostengünstigste Lösung für die Betriebskosten zu finden.

Könnten Sie sich denn auch vorstellen, das beschlossene Bäderkonzept zu unterstützen? Und wie sieht es mit Ihren Vorschlägen zur Zukunft des Stadthauses aus? Und welche Vorschläge haben Sie zur dringend notwendigen Haushaltskonsolidierung? Im Interview mit Radio Bonn-Rhein-Sieg haben Sie dazu keine Antworten gegeben und meinten, man müsse sich zusammensetzen und alles durchrechnen. Genau das passiert aber in Rat und Verwaltung seit Jahren, ohne dass aus der Analyse Konsequenzen gezogen werden.

So sehr ich also Ihre Initiative begrüße, so sehr vermisse ich dabei also die inhaltliche Substanz. Aber Sie können ja noch nachliefern ...

Beste Grüße
Stephan Eisel

General-Anzeiger

 > Bonn > Stadt Bonn > GA-Interview mit dem Grünen-Landesvorsitzenden Tim Achtermeyer



Im Gespräch mit Tim Achtermeyer

„Bonn braucht einen politischen Neustart“

Interview | Bonn · Der NRW-Landesvorsitzende der Grünen, Tim Achtermeyer, spricht im GA-Interview über den Wahlerfolg der AfD in Sachsen-Anhalt und die Fehler der eigenen Partei. Für Bonn schlägt er in Anbetracht der Haushaltslage einen „Konsens der Mitte“ vor.

13.09.2026, 06:00 Uhr · Eine Minute Lesezeit



Von **Philipp Königs**
Redakteur Bonn

Tim Achtermeyer sitzt für die Grünen im Landtag in Düsseldorf und ist seit 2022 auch NRW-Landesvorsitzender seiner Partei. Im GA-Interview spricht er über den Wahlerfolg der AfD in Sachsen-Anhalt und Fehler der eigenen Partei. Für Bonn schlägt er bei wichtigen Projekten in Anbetracht der Haushaltslage einen „Konsens der Mitte“ vor. Mit dem Politiker sprach GA-Redakteur Philipp Königs.

Herr Achtermeyer, was sagt das starke Abschneiden der AfD am Sonntag in Sachsen-Anhalt über die politische Stimmung aus?

Tim Achtermeyer: Die AfD hat die Wahl auch zu einer Abstimmung über die Bundesregierung gemacht. Ihr Wahlkampfslogan war: Alles ist möglich. Die Bundesregierung hingegen sagt den Menschen: Alles ist schwierig. Und wenn wir uns sehr anstrengen, wird es vielleicht ein bisschen weniger schlimm. Politik muss aber ein gewinnendes Angebot und Lust auf Zukunft machen. Sonst ist man gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus nur in der Verteidigung. Und das nutzt sich ab.

Welche Schlussfolgerung ziehen Sie daraus für die politische Arbeit in Berlin?

Achtermeyer: Auch der demokratischen Opposition gelingt es nicht ausreichend, den Raum zu füllen, den die Regierung offenlässt. Das gilt auch für uns Grüne. Demokratische Parteien sollten stärker klar machen, wofür wir antreten – und nicht nur, wogegen.

Nach Ihrem Einzug in den Landtag vor vier Jahren sind Sie nicht mehr im Bonner Stadtrat. Wie blicken Sie heute auf die Stadt?

Achtermeyer: Ich mache mir ehrlicherweise Sorgen um Bonn. Die Sperrung der Nordbrücke ist ein Schock, für den in Bonn zunächst niemand etwas kann. Es folgte die vorübergehende Stilllegung von 60 Stadtbahnen. Aus meiner Sicht befindet sich Bonn gerade in einer Schockstarre. Und die ist eigentlich noch gefährlicher als der Schock selbst: Zukunftsprojekte werden abgewickelt, pausiert oder gar nicht entschieden. Aber wer bei Zukunftsprojekten nicht entscheidet, gibt seine Zukunft auf. Wenn ich sehe, dass bei zentralen Fragen immer wieder vertagt wird, wird mir schon etwas bange um die Stadt.

Welche Projekte meinen Sie konkret?

Achtermeyer: Beim Stadthaus zum Beispiel könnte man sagen: Wir reißen es ab. Oder: Wir sanieren es. Kritik würde es so oder so geben. Aber man muss sich schon entscheiden. Denn was ist die Alternative? Bauzäune, 22 leere Etagen und ein Lost Place im Herzen der Stadt. Das Gleiche gilt für Theater und Oper oder die Bäder. Auch dort fehlt es nach meiner Wahrnehmung an Entscheidungsfähigkeit. Und kommt nun die Seilbahn oder nicht? Die müsste man doch gerade jetzt beschleunigen, weil sie den Verkehr über den Rhein entlasten kann. Aber auch hier gibt es bis heute keine Entscheidung. Bei den Bädern und Bühnen haben OB und Stadtverwaltung immerhin konkrete Sparvorschläge unterbreitet.

Achtermeyer: Das sind zum Teil mutige Varianten. Aber man muss sich dann auch auf eine festlegen. Und Varianten ändern noch keine Realität. Wenn Menschen unter 18 in den Sommerferien kostenfrei in die Bäder gehen können, ist das schön. Wenn aber gleichzeitig über Schließungen im nächsten Jahr gesprochen wird, hat das für mich etwas von Räumungsverkauf. Nach dem Motto: Wir machen noch eine letzte Party. Wie eine Stadt mit so einer Mentalität dauerhaft attraktiv sein soll, ist mir ein Rätsel. Dabei hat Bonn eigentlich alle Chancen für die Zukunft: gute Unternehmensstrukturen, eine starke Wissenschaft sowie Menschen und Unternehmen, die Kapital mitbringen. Wir könnten bundesweit der zentrale Standort für DeepTech sein. Aber mein Eindruck ist: Wir schauen, dass wir irgendwie durch die nächsten Jahre kommen, und dann wird es vielleicht besser.

Liegt der von Ihnen wahrgenommene Stillstand vor allem daran, dass die Kooperation keine eigene Mehrheit hat?

Achtermeyer: Nicht nur. Sie ist aus meiner Sicht auch zu zögerlich. Ich nehme keine stringente Zusammenführung von Verwaltungsspitze und Politik wahr. Das scheint eher nebeneinander her zu laufen. Bonn bräuchte einen politischen Neustart der großen Parteien mit der Verwaltungsspitze. Das sind wirklich Schicksalsjahre für diese Stadt.

Was meinen Sie mit Neustart? Schwebt Ihnen eine Koalition Schwarz-Grün vor?

Achtermeyer: Auf Landesebene zeigen wir, dass Schwarz-Grün sehr gut funktionieren kann, übrigens an zentralen Stellen getragen von Bonnern. Mit Nathanael Liminski zum Beispiel arbeite ich sehr gut und vertrauensvoll zusammen. Der Oberbürgermeister hat sich aber für eine andere Konstellation entschieden. Das muss man akzeptieren, auch wenn ich es für einen Fehler halte. Aber bei den zentralen Projekten wie Verkehr, Stadthaus, Bädern und Kultur; da sollte man sich aus meiner Sicht zusammensetzen und auf einen Konsens der Mitte einigen, der dann die nächsten fünf Jahre hält und vorangetrieben wird. Das geht aber nur, wenn alle bereit sind, aufeinander zuzugehen.

Die Stadt ist über beide Ohren verschuldet. Bonns Kämmerer hat gerade erst eine Haushaltssperre verhängt. Warum unterstützen Bund und Land die Kommunen nicht stärker bei diesem offenkundigen Problem?

Achtermeyer: Der Kämmerer hat recht, die Lage ist dramatisch. Es braucht aus meiner Sicht drei Dinge gleichzeitig: Erstens muss die Entschuldung vorankommen. Als schwarz-grüne Landeskoalition leisten wir unseren Beitrag und entschulden die Kommunen mit fast neun Milliarden Euro. Zweitens müssen die Zuschüsse für die Kommunen strukturell steigen. Drittens muss der Bund Aufgaben, die er auf die Kommunen überträgt, auch finanzieren.

Sie kritisieren die Verwaltungssteuerung. Warum?

Achtermeyer: Ich kann nicht in die Verwaltung reinschauen. Für die Sperrung der Nordbrücke kann aus Bonn niemand etwas, das ist eine Bundesautobahn. Und die ersten Wochen nach der Sperrung wurden auch gut gemanagt. Ich stelle aber fest, dass in Bonn Entscheidungsschwäche vorherrscht. Der Oberbürgermeister muss die Kooperation und Opposition bei den zentralen Projekten zusammenführen. Stattdessen soll in der nächsten Ratssitzung ein neues Dezernat eingeführt werden, das auch in seiner Motivation die Gräben vertieft. Davon rate ich dringend ab.

Die Bonner Grünen waren von 2020 bis 2025 selbst in der Führungsverantwortung und haben die Haushaltslage mitverursacht. Sehen Sie, Ratsfraktionsvorsitzender bis 2022, eigene Fehler?

Achtermeyer: Ja. Wenn es eine solche Polarisierung gibt wie im Oberbürgermeisterwahlkampf, kann keine Partei sagen, dass sie alles richtig gemacht hat. Das gilt auch für uns. Wir haben vermutlich zu viel gleichzeitig gewollt, und auch über das Tempo kann man streiten. Aber wir haben Beschlüsse gefasst und die Stadt aus meiner Sicht nach vorne gebracht. Die Stadt war in Bewegung. Jetzt ist sie im Stillstand. Das halte ich für noch gefährlicher. Und Polarisierung gibt es übrigens immer noch. Am Ende haben wir einen Auftrag der Wählerinnen und Wähler, für die Stadt zu arbeiten. Wir können uns nicht unsere Lieblingsspielkameraden im Sandkasten aussuchen. Wenn Bonn immer wieder so wählt,